

Oppenheim-Bank geht gegen Kritiker vor
 - ein Paradebeispiel für Zensur und Bespitzelung -

Die Oppenheim-Bank hat über die Berliner Anwaltskanzlei Schertz/ Bergmann nun schon zum zweiten Mal die Schwärzung bestimmter (meist nebensächlicher) Passagen des Buches von Werner Rügemer, ‚Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim‘ (verstorben 2005) des Frankfurter Nomen-Verlags mittels sog. Einstweiliger Verfügungen durchgesetzt. Darin wird das skandalöse Geschäftsgebaren der größten Privatbank Europas nicht nur im Nationalsozialismus, sondern auch im Zuge der aktuellen Privatisierung von Staatsunternehmen und der Globalisierung aufgedeckt.



Ohne Anhörung des Verfassers hat ein Berliner Gericht den Vertrieb der ersten und zweiten, geschwärzten Auflage gestoppt - unter hoher Strafandrohung. Die sich durch derlei erfolgreiche Unterdrückungspraktiken eines Finanzinstituts, das nahezu ausschließlich Privatkunden oberhalb einer Einlegesumme von 5 Millionen Euro bedient, abzeichnende neue Qualität des Vorgehens gegen linke und demokratische Kritik ist höchst alarmierend. Zumal auch mehrere politisch aktive Kritiker mit sog. Unterlassungsverpflichtungserklärungen seitens der Anwälte des Bankhauses überzogen wurden. Wer gegen die skandalösen Geschäftspraktiken vorgeht, soll offensichtlich mundtot gemacht werden.

Durch den Appell zum massenhaften Kauf bzw. zur vielfachen Bestellung des (trotz Schwärzungen immer noch gut lesbaren) ‚Bankier‘ im Kölner Buchhandel wollen wir Solidarität mit Autor und Verlag bewirken und ein Zeichen gegen Konzernmacht setzen in Zeiten, in denen es Großunternehmen mit Hilfe gewissenloser Politiker in Bund, Land und vor Ort leicht gemacht wird, ihre Profitinteressen zu Lasten des Gemeinwohls durchzusetzen.



BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch

Kontakt: H.-J. Kleine
Tel. 0221-1399230
Mail: nc-kleineba@netcologne.de
Web: in Kürze

V.i.S.d.P.:
 Michael Scheffer
 Aquinostraße 17
 50677 Köln

„Schlechter (Stadt-)Rat ist teuer“



**WAS SIE SCHON
 IMMER ÜBER
 IHRE MESSE
 WISSEN WOLLTEN**

Informationen der BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch

Eine Kampagne gegen die Plünderung des städtischen Haushalts durch die Oppenheim-Esch-Gruppe und ihre politischen Unterstützer im Kölner Stadtrat und in der Stadtverwaltung ist dringend nötig.

Worum geht's? Um Geld. Viel Geld! Nach dem „erfolgreichen“ Abwickeln der DDR durch die Treuhand, wird auch im Rest der Republik im großen Stil privatisiert. Dabei geht es nicht nur um das viel zitierte Tafelsilber: Immer mehr Kommunen vergeben auch ihre ureigenen Aufgaben an private Dienstleister. Dass aber gerade diese Grauzone zwischen öffentlichen und privaten Interessen ein idealer Nährboden für Klüngel, Korruption und Kriminalität ist, wurde spätestens durch den „Kölner Müllskandal“ offensichtlich: Die juristische Aufarbeitung ist bis heute nicht abgeschlossen, die überhöhten Müllgebühren werden die Kölner BürgerInnen noch sehr lange zahlen. Umfangreiche Bauprojekte werden in der Regel von finanzkräftigen Investorengruppen realisiert, und von den Kommunen anschließend übersteuert abbezahlt oder zurückgemietet. So stottert die Stadt Köln beispielsweise den Komplex Kölnarena/Technisches Rathaus bis 2028 ab, der Oppenheim-Esch-Fonds (siehe Infokasten) als Bauherr kann damit seit 1998 jährlich Gewinne in Rekordhöhe ausschütten. Pikantes Detail: Der politisch verantwortliche Oberstadtdirektor wechselte damals Übergangslos in den Vorstand des Fonds(!). Ein Beispiel von vielen Geschäften, die stets nach dem selben Prinzip laufen: Immer zu Lasten der BürgerInnen, immer zu Gunsten der Investoren!

Wie bitte? Das Geschäft ihres Lebens machen die superreichen Fonds-Anleger aber mit dem Bau der neuen Messehallen-Nord und dem Umbau der alten Messehallen für den RTL-Umzug. Beide Projekte wurden seinerzeit vom Rat der Stadt Köln dem Oppenheim-Esch-Fonds zugeschanzt, wobei die Stadtparkasse Köln diesen Deal vermittelte. Eine öffentliche Ausschreibung wurde umgangen. Der Fonds stellt für die Nordhallen beispielsweise Nebenkosten in Höhe von 110 Mio. Euro in Rechnung, darunter so absurde Einzelposten wie „7 Millionen für die Vermittlung eines Mieters“, obwohl Stadt/Messe von Anfang an als Mieter feststanden.

Informationen der BürgerInnen gegen Oppenheim-Esch

Nach Berechnungen von Experten hätte die Stadt die Messehallen um 360 Millionen Euro billiger haben können. Die garantierten Mietzahlungen an die Fonds-Anleger betragen ca. 700 Millionen Euro bei einer Laufzeit von 30 Jahren (Messe Süd: 670 Millionen Euro über 20 Jahre). Damit hängen Stadt, Messe und Stadtparkasse über Jahrzehnte in Zahlungsverpflichtungen, die sich auf sagenhafte rund 1,4 Milliarden Euro summieren. Das unternehmerische Risiko tendiert dabei gegen Null, denn die Kommune - und damit die Allgemeinheit - muss in jedem Fall zahlen. Das heißt, wenn vor dem Hintergrund der desolaten Haushaltslage im sozialen oder kulturellen Bereich gespart wird, werden gleichzeitig Millionen auf die Konten der Kölner Multimillionäre transferiert. Anders ausgedrückt: *Weil* die Interessen der Investoren bedient werden müssen, werden Kindergartenplätze verteuert, Straßen nicht mehr saniert oder Schulen, Museen und Kulturzentren geschlossen. Diese drastische Umverteilung „von unten nach oben“ ist unverschämt, rücksichtslos und inakzeptabel!

Was tun? Wir Kölner Bürgerinnen und Bürger wollen nicht länger zusehen, wie einige reiche Großinvestoren mit Hilfe der Politik die Stadtkasse plündern, während es für dringende öffentliche Aufgaben im Interesse der Bevölkerung an Mitteln fehlt. Wir haben uns zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, um Hintergründe zu ermitteln, öffentlich aufzuklären und Widerstand gegen die Machenschaften des Oppenheim-Esch-Fonds zu organisieren. Wir ermuntern alle von Kürzungen Betroffenen, die Initiative zu unterstützen und sich gegen diese dreiste Umverteilung von Arm nach Reich zu wehren.

Wir treten ein für:

Eine öffentliche Untersuchung der Vorgänge um die Messengeschäfte

Offenlegung aller Verträge und Unterlagen des Messeprojekts

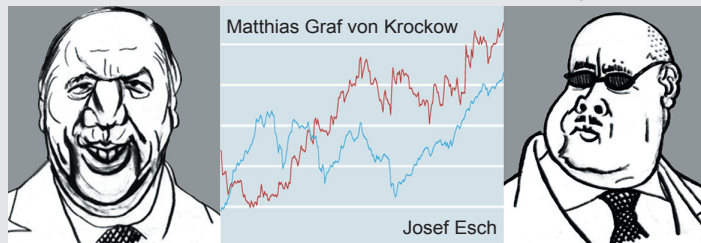
Kündigung bestehender sittenwidriger Verträge

Verwendung der eingesparten Gelder für soziale und kulturelle Einrichtungen

Keine weiteren Geschäfte der Stadt Köln mit Oppenheim-Esch

Info: Oppenheim-Esch-Fonds

Das Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim ist die größte Privatbank Europas, sie verwaltet und betreute Ende 2005 ein Vermögen von 123 Milliarden Euro. Die Geschäfte laufen blendend. Bei der Jahresbilanz-Präsentation Ende April konnte Matthias Graf von Krockow, Sprecher der persönlich haftenden Gesellschaft, ein Rekordergebnis verkünden: satte 251 Millionen Euro Nettogewinn machen 2005 zum erfolgreichsten Jahr der Firmengeschichte (Kölner Stadt-Anzeiger, 27.4.2006). Zur Gelddruckmaschine wurden vor allem die umstrittenen sog. geschlossenen Immobilien-Fonds, die das Bankhaus mit dem öffentlichkeits scheuen Bauunternehmer Josef Esch eingerichtet hat.



Die als „Abgreifer von Köln“ (Manager-Magazin 11/2005) berüchtigten Investoren haben damit zahlreiche Bauvorhaben realisiert, bei denen sich das Geld der reichen und superreichen Anleger stets wundersam vermehrt. Wer diesen Herren sein Vermögen anvertraut (und damit immer neue und größere Coups ermöglicht), bleibt meist im Dunkeln, denn „Wir sind diskret, geheimer noch als geheim“ (Alfred Freiherr von Oppenheim, zitiert nach W. Rügemer, „Der Bankier“, Frankfurt/Main 2006). Nach Recherchen der WDR-Redaktion „Die Story“ handelt es sich dabei u.a. um so illustre Persönlichkeiten wie T. Middelhoff (Ex-Bertelsmann-Vorstandsvorsitzender, heute Karstadt-Quelle), M. Schickedanz (Großaktionärin von Karstadt-Quelle), H. Deichmann (Schuh-Discounter) und A. Neven-DuMont (Kölner Zeitungsverleger).